

LANDWIRTSCHAFT GRAUBÜNDEN Sandro Michael

Wie steht es um die Ernährungssicherheit?

D

Die jüngsten Ereignisse von Pandemie und Krieg haben erneut die wichtige Rolle der Schweizer Landwirtschaft als zuverlässige Partnerin in Krisenzeiten verdeutlicht. Glücklicherweise spüren die Haushalte in der Schweiz bisher wenig von der globalen Ernährungskrise. Dennoch dürfen wir die Nahrungssicherheit nicht als selbstverständlich betrachten. Herausforderungen wie schwindende landwirtschaftliche Flächen, sich ändernde klimatische Bedingungen und eine wachsende Bevölkerung stellen uns weiterhin vor grosse Aufgaben.

Die Schweiz besitzt eine Landwirtschaftsfläche von 1,45 Millionen Hektaren, was einem Viertel der Gesamtfläche entspricht. Zwei Drittel des Landes sind als Berggebiet klassifiziert, wo klimatische Bedingungen, Hangneigungen und Bodenbeschaffenheiten die pflanzliche Produktion für die direkte menschliche Ernährung einschränken. Andererseits bieten diese Gegenden optimale Voraussetzungen für die graslandbasierte Haltung von Wiederkäuern. Ackerbau wird hingegen auf weniger als zehn Prozent der Schweizer Gesamtfläche betrieben. Hinzu kommt, dass für gerade diese Ackerflächen auch anderweitig Interesse besteht: Pro Sekunde wird in der Schweiz ein Quadratmeter Landwirtschaftsfläche überbaut. Trotz der schwindenden Fläche blieb

das Produktionsniveau der Landwirtschaft dank technologischer und pflanzenbaulicher Fortschritte stabil. Besonders bemerkenswert ist dies, da die Schweizer Landwirtschaft im Vergleich zu anderen Ländern sehr hohe und stetig steigende ökologische Anforderungen erfüllen muss.

Eine Herausforderung stellt gegenwärtig der Absenkpfad Pflanzenschutzmittel und Nährstoffverluste dar. Modellierungen der Forschungsanstalt Agroscope zeigen, dass sich der reduzierte Pflanzenschutzmitteleinsatz signifikant auf die Erträge im Pflanzenbau auswirken wird: Ölsaaten (-17 Prozent), Brotgetreide (-11

Prozent) und Zuckerrüben (-10 Prozent) sind dabei am stärksten betroffen. Trotz der bereits hohen Auflagen tragen die Bauernfamilien auch durch freiwillige Massnahmen zu einer ökologischen Landwirtschaft bei. Beispielsweise stellen diese heute knapp 20 Prozent ihrer Flächen zur Förderung der Biodiversität bereit. Das ist fast drei Mal mehr, als für den Erhalt der Direktzahlungen verlangt wird.

Trotz steigender Anforderungen an die Schweizer Bauernfamilien sind die Lebensmittel verhältnismässig immer günstiger geworden. Ein durchschnittlicher Schweizer Haushalt gibt heute lediglich noch 6,5 Prozent des Bruttoein-

kommens für den Einkauf von Lebensmitteln aus. Der europaweite Durchschnitt ist mit 14,3 Prozent mehr als doppelt so hoch. Auch auf Bundesebene hatten in den vergangenen Jahren andere Aufgabengebiete Vorrang vor Landwirtschaft und Ernährung. Während der Bund sein Haushaltsbudget seit der Jahrtausendwende bei mehreren Aufgabengebieten mehr als verdoppelt hat, blieb das Budget für die Landwirtschaft trotz steigenden ökologischen und Tierschutzanforderungen konstant.

Die Schweizer Landwirtschaft produziert schlussendlich, was die Schweizer Bevölkerung nachfragt. Analog zu

den globalen Entwicklungen ist auch diese Nachfrage hauptsächlich durch zwei Faktoren getrieben: das Bevölkerungswachstum und das Konsummuster. Im vergangenen Jahr haben wir die symbolträchtige Neun-Millionengrenze erreicht. Seit der Jahrtausendwende ist die inländische Bevölkerung somit um ein Viertel gewachsen, was zu einem erhöhten Bedarf an Lebensmitteln führt. Dies führte wiederum dazu, dass der Nettoselbstversorgungsgrad mittlerweile unter 50 Prozent gefallen ist. Und dies, obwohl sich das Schweizer Volk gemäss einer Umfrage einen Nettoselbstversorgungsgrad von mindestens 70 Prozent wünscht. Dementsprechend müssen zunehmend mehr Lebensmittel importiert werden, um den auch in der Schweiz wachsenden Bedarf zu decken. Das bedeutet weniger Ernährungssicherheit und eine Verlagerung der Umwelteffekte ins Ausland.

Wenn die Schweiz ihre Ernährungssicherheit nicht vollständig aus der Hand geben möchte, ist es entscheidend, dass neben der Landwirtschaft die gesamte Wertschöpfungskette mobilisiert wird, um das Potenzial der heimischen Böden effektiv für die Nahrungsmittelproduktion zu nutzen. Letztendlich liegt es jedoch am Konsumenten, mit seinen Kaufentscheidungen und seinem politischen Wahlverhalten die Schweizer Landwirtschaft und somit die Ernährungssicherheit des Landes zu stärken.

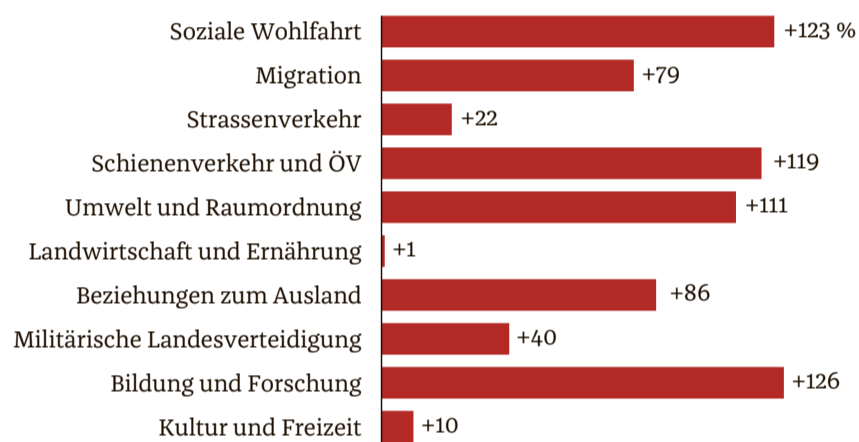
SANDRO MICHAEL ist Geschäftsführer des Bündner Bauernverbandes (BBV).



« Die Landwirtschaft produziert schlussendlich, was die Bevölkerung nachfragt. »

Zunahme der Bundesaussgaben

von 2000 bis 2027 in Prozent



Quelle: Datenportal des Bundes, Grafik: «Bündner Tagblatt»/rk

GASTKOMMENTAR Ludmila Seifert über den Zusammenhang von Siedlungsentwicklung und Baukultur

Entwicklung ohne Baukultur?

V

Vor wenigen Monaten wurde der Churer Stadtpräsident Urs Marti in einem Interview zu seinem Verständnis von Baukultur befragt. Mit Erstaunen las ich seine Antwort auf die Frage, ob sich denn Baukultur nur auf den Bestand beziehe. «Nicht nur, aber zur Hauptsache», antwortete er. Die Baukultur habe «in Bezug auf Historisches eine grosse Bedeutung. Bei Neuentwicklungen spricht man vielleicht eher von urbaner Entwicklung, aber noch nicht explizit von Baukultur. Es könnte aber sein, dass dieser Begriff mit der Zeit anders verwendet wird, er sich wandelt.» Die Zeitschrift «Hochparterre» liess es sich nicht nehmen, diesen Passus des Churer Stadtpräsidenten in ihrer Rubrik «Aufgeschnappt» zu zitieren und mit der lapidaren Bemerkung «unsichere Definition» zu kommentieren.

Eine so verengte, auf denkmalpflegerische Aspekte beschränkte Sicht auf die Baukultur verblüfft, gibt sich doch der Bund seit einigen Jahren alle erdenkliche Mühe, für eine ganzheitliche Auffassung des Begriffs zu sensibilisieren. Am Rande des World Economic Forum (WEF) 2018 in Davos unterzeichnete der damalige Bundespräsident Alain Berset zusammen mit den europäischen Kulturministerinnen und -ministern die Davos Declaration mit dem Ziel, einer «hohen» Baukultur zum Durchbruch zu verhelfen. Wer dieses baukulturelle Manifest liest (und die sechs A5-Seiten sind rasch gelesen) merkt bald, dass

Baukultur nicht nur Baudenkmäler, sondern den gestalteten Lebensraum als Ganzes umfasst, also das Gebaute wie auch die Zwischenräume und die Landschaft mit einbezieht. Eine «hohe» Baukultur hat den Anspruch, für jeden Ort auf die beste Weise die beste Lösung zu finden. Zum Wohle der Gesellschaft, die sich idealerweise als Gemeinschaft versteht. Letztlich geht es darum, zu einer Wertschätzung von Qualität bei der Gestaltung des Lebensraums zu finden. Denn Bauen ist keine reine Privatsache und mehr als eine technische Aktivität mit ökonomischer Konsequenz. Bauen ist auch – und vor allem – ein kultureller Akt,

der Einfluss auf unser aller Wohlbefinden hat.

Die Baukultur-Offensive des Bundes kommt nicht von ungefähr. Es ist



«Die grosse baukulturelle Musik spielt in den Gemeinden.»

augenfällig, wie extrem viel in den letzten Jahrzehnten gebaut worden ist. Augenfällig ist auch das grosse Defizit an baukultureller Güte. Vieles ist oh-

ne jeden Anspruch einfach nur gebaut. Nun sehen wir uns mit komplexen Herausforderungen konfrontiert, die sich mit den üblichen Konzepten nicht befriedigend bewältigen lassen: Klimawandel, Biodiversitätskrise, Energiewende, Ressourcenknappheit, Siedlungsentwicklung nach innen ... «Wir brauchen dringend einen neuen integrierten Ansatz, um unsere gebaute Umwelt zu gestalten, einen Ansatz, der in der Kultur verankert ist, den sozialen Zusammenhalt aktiv stärkt, eine nachhaltige Umwelt sicherstellt und zu Gesundheit und Wohlbefinden der gesamten Bevölkerung beiträgt», so lautet eines der kernigen Postula-

te der erwähnten Erklärung von Davos aus dem Jahr 2018. Auf den Punkt gebracht besagt es, dass eine nachhaltige Entwicklung einer «hohen» Baukultur bedarf.

Entscheidend ist, dass diese Erkenntnis nicht beim Bund stecken bleibt. Denn die grosse baukulturelle Musik spielt nicht auf Bundesebene, sondern in den Gemeinden. Hier wird die weichenstellende Grundordnung erarbeitet. Hier werden die entsprechenden Baugesetze formuliert. Hier werden die Baubewilligungen erteilt. Und da ist es relevant, welche baukulturelle Haltung die Politikerinnen und Politiker und namentlich die Exekutive vertreten. Denn von ihrem Willen (oder Unwillen) zur Gestaltung des Raums hängt wesentlich ab, wohin die Reise geht.

Demnächst steht in Chur die Wahl des Stadtrats für die Regierungsperiode 2025 bis 2029 an. Bereits am kommenden Dienstag, 7. Mai, werden sich die Kandidierenden an einem Podium im Restaurant «B12» mit dem Titel: «Was macht unsere Stadt lebenswert?» zu baukulturellen Fragen positionieren. Wir freuen uns auf einen inspirierenden baukulturellen Dialog, der auch für Nichtchurerinnen und Nichtchurer gewinnbringend ist.

LUDMILA SEIFERT ist Geschäftsleiterin des Bündner Heimatschutzes, der führenden Non-Profit-Organisation für Baukultur im Kanton. Weitere Informationen zum Anlass «Was macht unsere Stadt lebenswert?» vom 7. Mai unter www.heimatschutz-gr.ch. Livestream: <https://youtube.com/live/4kx6X1bfODM?feature=share>. PDF der Erklärung von Davos auf der Website des Bundesamts für Kultur.



Wer baut, verändert die Umwelt: Hektische Betriebsamkeit am Churer Siedlungsrand. (FOTO ZVG)